

2012-07-10

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
05.07.2012**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
**Sitzungsort: Technisches Rathaus Roßlau,
Gustav-Bergt-Str. 3, Raum 228**

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Rumpf, Frank

Vertreter für Herrn Gebhardt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Anwesend ab TOP 3

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums – mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern – festgestellt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge vorgebracht, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert und einstimmig bestätigt.

3. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die Beratungsergebnisse folgender Informationsvorlagen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 20.06.2012:

Vergabe von Bauleistungen

BV: Abbruch Industriebrache ehem. Junkalor

Vorlage: DR/BV/145/2012/VI-65

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Grundstücksangelegenheiten

Verkauf von Grundstücken im Gebiet "Schlachthof Dessau-Nord"

Vorlage: DR/BV/316/2011/VI-80

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

4. Vorstellung des Projekts „Stadt als Campus“

Nach der Begrüßung der Gäste der Hochschule Anhalt durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat er die Akteure sich selbst kurz vorzustellen.

Frau Prof. Hartwig unterrichtete Kommunikationsdesign im Fachbereich Design der Hochschule Anhalt und sei seit 2010 begleitend im Vorort-Büro Dessau tätig; Herr Prof. Schmidt sei Stadt- und Landschaftsplaner in Bernburg und habe das Forschungsprojekt „Stadt als Campus“ mit auf dem Weg gebracht; Herr Lech und Frau Neumeister studieren Design an der Hochschule Anhalt.

Vor Beginn der Präsentation bedankte sich **Frau Prof. Hartwig, Hochschule Anhalt, FB Design**, für die heutige Möglichkeit der Präsentation des Projektes „Stadt als Campus“ im Bauausschuss. Einführend erklärte sie, dass es fünf Städte im Forschungsprojekt gebe. Dies sind Dessau-Roßlau, Bernburg, Braunschweig, Merseburg und Helmstedt. Ergänzend informierte **Herr Prof. Schmidt**, dass das Bundesbauministerium großes Interesse habe, dass die Hochschulen sich den Aufgaben, die real anstehen, vor allem Stadtentwicklung und Stadtbau stellen. Dafür werden mit den 5 Städten zusammen und der Hochschule Formate ausprobiert. Im Endergebnis sollen neue Bildungsmodelle auf den Weg gebracht werden. Die vorläufigen Ergebnisse werden am 17. und 18. September 2012 in Dessau-Roßlau vorgestellt. Fortführend informierte Frau Prof. Hartwig, dass das Motto des Projektes „Raus aus dem Hörsaal – rein in die Stadt“ heiße.

Neben der Vorstellung der Zielstellungen - wie z. B. Studierende und Absolventen langfristig an Dessau zu binden; die Hochschule in der Stadt zu repräsentieren und zu verankern; neue Lehrformate und Bildungsmodelle zu entwickeln und die Stadt lebendig zu machen - sowie der Adressaten, zu denen Studienbewerber, unmittelbare Nachbarschaft, Bürger/innen, sog. sozialökologisches Milieu, Bauhaus-Touristen und internationale Gäste gehören, wurden die Aktivitäten im Vorort-Laden (Zerbster Straße) und im Vorort-Haus (Wolfgangstraße 13) präsentiert.

Zu den Vorort-Aktivitäten im Laden gehören temporäre Aktionen wie z. B. Ausstellungen, Lesungen/Diskussionsrunden, Designshop, Workshops und Bürgerbefragung im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes. Zu den externen Vorort-Aktivitäten gehören u. a. Kassieraktionen bei dm, Pflanzen- und Gartenmarkt, Exkursion mit Gartenfreunden nach Berlin, die Lange Nacht der Kreativen, Anhalt läuft und weitere. Des Weiteren gab es Vorort-Aktivitäten im Netzwerk, zu denen u. a. gehören: Konferenz dimensions of Stadt, IG Leuchttürme Kreativquartier, Netzwerktreffen Stadt als Campus, Stadtratssitzung am 25. April 2012, Ämterberatung am 8. Mai 2012 und Lenkungsrunde am 13. Juni 2012.

Frau Prof. Hartwig zeigte weiterführend auf, dass das Vorort-Haus in der Wolfgangstraße 13 seit April 2012 bestehe und erläuterte weitere Aktivitäten. Einzugsgebiete der Hochschule seien die Achse zwischen Campus und Dessau-Nord, Theater- und Johannisviertel, Umweltbundesamt und Bahnhof. Das Vorort-Haus stelle den ersten Trittstein in die Innenstadt für Studierende und (Bauhaus-) Touristen dar. Zum Angebot gehören u. a. Raum für Entfaltung, Platz für Gewerbe, Anlaufstellen für Informationen, sozialer Ort für Austausch und Nachbarschaftsgarten als kommunikatives Instrument.

Zu den Besuchern im Vorort-Haus gehören bisher u. a. Präsident Prof. Dr. Orzessek, Stadtverband der Gartenfreunde, Mitarbeiter vom UBA, Studierende aus Halle und Berlin sowie Alumni (ehemalige Studenten) der Hochschule.

Abschließend gab Frau Prof. Hartwig drei Wünsche kund. Der erste Wunsch beinhaltet, dass die Stadt Dessau-Roßlau die Immobilie Wolfgangstraße 13 aus der Vermarktung nehme. Im zweiten Wunsch wurde geäußert, dass die Stadt erklären solle, das Projekt „Stadt als Campus/Vorort-Haus“ mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ideell und personell zu unterstützen und gemeinsam mit der Hochschule eine Arbeitsgruppe zur Projektunterstützung zu bilden, deren Ziel es sei, kooperativ und ergebnisorientiert zusammenzuarbeiten. Der letzte Wunsch umfasse, dass die Stadt Dessau-Roßlau das Objekt in der Wolfgangstraße 13 auch über den 30. September 2012 hinaus dem Projekt „Stadt als Campus/Vorort-Haus“ als Experimentierraum zur Verfügung stellen werde. Dies gelte zunächst entweder bis zum Ende der Laufzeit des Projektes am 31. März 2013 oder bis zum Ende des Sommersemesters Juli 2013.

Zusammenfassend betonte **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, was lange währt, werde gut. Weiterführend berichtete er, dass man über Jahre versucht habe, die Beziehung zwischen Stadt und Hochschule mit neuer Qualität zu versehen. Es habe viele Ansätze gegeben. Das was jetzt in Eigeninitiative und in Kooperation mit den Akteuren der Stadt und der Hochschule in letzter Zeit passiert sei, stellt schon

einen riesengroßen Fortschritt gegenüber anderer Jahre dar. Hinzu kommen die Verstärkung der Vernetzung des Personals mit der Stadt und der Effekt, dass zunehmend Professoren und Dozenten ihren Wohnsitz in die Stadt Dessau-Roßlau legen.

Herr Lech, Student der HS Anhalt, FB Design, äußerte, dass die genannten drei Wünsche letzten Endes auch die Wünsche der Studenten seien. **Frau Neumeister, Studentin der HS Anhalt, FB Design**, ergänzte, dass es an der Hochschule und in der Stadt bislang keinen solchen Ort für die Studenten gab. Hier könne man zusammenkommen, miteinander arbeiten und leben. Es entstehe ein Gemeinschaftsgefühl. Dieses sei eine schöne Neuerung, auf die man nicht mehr verzichten wolle.

Die Diskussion fortführend, äußerte **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass er schon seit Jahren den Wunsch habe, dass die Stadt eine junge und studentenreiche Stadt werde. Die Studenten der HS Anhalt gehen mit gutem Ansatz voran und haben klare Vorstellungen.

Seinen ausdrücklichen Respekt äußerte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Die Ausführungen seien großartig und nachvollziehbar. Er selber kenne die Abgeschiedenheit der Hochschule durch die Barriere der Gleise, welche sehr ärgerlich sei. Von seiner Seite gebe es keine Gründe sich den drei Wünschen zu verweigern. Diese seien leicht zu erfüllen. Abschließend hinterfragte er noch die Möglichkeit der Beheizung des Objektes in der Wolfgangstraße. Die Beheizung solle durch Öfen erfolgen, so **Frau Neumeister, Studentin der HS Anhalt, FB Design**. Diese müsse man aber erst noch nach ihrer Funktionsfähigkeit kontrollieren.

Das Gespräch weiterführend, wies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, darauf hin, dass das Dezernat VI bereits einen kleinen Führungsvorteil besitze, da diese Präsentation in intensiverer Form bereits vorgestellt worden sei. Er habe damals bereits gesagt, dass die Verteilung der Hochschule an drei Standorte negativ zu betrachten sei. Ein einziger Standort - in Dessau-Roßlau - hätte viel mehr Synergien und Effekte mit sich gebracht. Jetzt müsse man damit leben wie es sei. Das Gebäude in der Wolfgangstraße 13 sei schon eine längere Zeit zu vermarkten und es gebe schon genug leerstehende Immobilien. An dieser Stelle sollte man der Hochschule Anhalt und den jungen Leuten eine Chance geben.

Das Dezernat VI begrüße diese Initiative außerordentlich, so **Herr Hantusch** weiter, und bekundete das Interesse der Stadt an der Fortführung des Projektes. Er würde sich wünschen, wenn heute die Verwaltung von den Mitgliedern des Ausschusses einen Arbeitsauftrag bekomme, die Unterstützung oder Realisierung der drei Wünsche zu prüfen. Die Ansatzpunkte seien hervorragend, selbst wenn es nur gelinge, kleine Kreativbereiche zu etablieren. Betrachte man die Zukunft von Dessau-Roßlau, sollte man alles tun, um junge Leute oder mögliche Firmen, die sich niederlassen oder gründen wollen, zu unterstützen. Herr Hantusch sicherte seine Unterstützung als Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung ausdrücklich zu und betonte, dass diese Thematik in der OB-Dienstberatung angesprochen werden müsse, um Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen.

Ergänzend fügte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, hinzu, dass es einen Fachbereich gebe, der sich mit der Gründung für Studenten beschäftige. Es werde hier an einer möglichen Finanzierung des Hauses gearbeitet, damit sich dieses über einen längeren Zeitraum von selbst tragen könne.

Zum Thema weiterführend, forderte **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf zu prüfen, was zur terminlichen Absicherung des Projektes nötig und wie langfristig mit diesem umzugehen sei. In der Vergangenheit wurden gute Erfahrungen mit solchen Projekten gemacht, auch andere Vereine haben z. B. brachliegende Objekte revitalisiert. Für Herrn Schönemann stelle der dreigeteilte Standort der Hochschule kein Problem dar, sondern die Kooperation zwischen den Städten untereinander. Er persönlich freue sich besonders über die zunehmende Rolle der Landschaftsgestaltung bzw. -architektur. Für

eine Stadt des Gartenreiches - den modernen Teil vom Garten betreffend - sei die Sozialkomponente Schrebergärten ein guter Ansatz und darüber hinaus gehend auch das klassische Begleitgrün der Architektur.

Aus der Diskussion heraus formulierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau Roßlau**, im Anschluss folgenden Antrag:

Der Ausschuss unterstützt die drei Wünsche der Studenten und der Hochschule Anhalt und beauftragt den Dezernenten, die Problematik in der OB-Dienstberatung abzuklären und das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzustellen.

Den Antrag ergänzend, äußerte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, *das spätestens im Oktober die Sitzung des Bauausschusses in der Hochschule Anhalt stattfinden soll, um den Studenten eine Antwort zu präsentieren.*

Anschließend stellte Herr Schönemann den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Herr Schönemann bedankte sich abschließend bei den Gästen der Hochschule.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Information über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange zum Änderungsplan Nr. 150 A "Ehemaliges Gasgerätewerk Herrmann-Köhl-Straße" Vorlage: DR/IV/039/2012/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen.**

5.2. Maßnahmebeschluss Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau Rudolf-Breitscheid-Straße Vorlage: DR/BV/141/2012/VI-66

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen.**

5.3. Zuschuss an die DESWA GmbH für Kanalbaumaßnahmen Teileinrichtung Oberflächenentwässerung Südstraße Roßlau Vorlage: DR/BV/184/2012/VI-66

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen.**

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Vorlage: DR/BV/193/2012/VI-61

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich anfangs auf die Hinweise bzw. Bedenken des damaligen Regierungspräsidiums, dass die Fläche zu groß sei und die Innenstadt gestärkt werden solle. Auf die Frage von Herrn Busch, was dazu geführt habe, dass es jetzt wieder zu einer Offenlage komme, entgegnete Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, dass die Begründung in der Historie liege. Es haben Flächentausche stattgefunden, der Investor sei in der Vergangenheit der Stadt entgegengekommen und nun wolle er eines der letzten großen zusammenhängenden Baugebiete wieder der Vermarktung zuführen. Dem sei man nachgekommen. Es gebe 2 größere Baugebiete, zum einen „Am Elbpavillon“ und zum anderen „Große Lobenbreite“. Die Umsetzung werde nicht als schädlich angesehen, so Herr Hantusch weiter, da es sich hier um Einfamilienhausbebauung handele und es in dieser Größe keine weiteren Bauflächen in der Innenstadt gebe. Aus diesen Gründen komme man nun dem Eigentümer entgegen, um die Realisierung dort umzusetzen. Des Weiteren fanden Gespräche mit dem LVA statt. Auf die Forderungen des LVA sei man eingegangen und die Genehmigungsfähigkeit wurde hergestellt.

Weiterführend zeigte Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, auf, dass damals nur die Gesamtgröße der Problematik behandelt wurde und dies jetzt im maßgeblichen Sinne an den Forderungen angepasst worden sei. Es sei fehl am Platze, so Herr Schönemann, hier etwas verhindern zu wollen. Die Privaten seien angehalten sich der zeitgemäßen Entwicklung zu stellen. Hinzufügend betonte Herr Schönemann, dass, wenn man Angebot und Nachfrage realisiert, der Bedarf da ist und man werde sehen, wie sich das Areal im Wettbewerb mit anderen Standorten behaupten werde. Es werde Stück für Stück erschlossen, also modular, d. h. ohne etwas großflächig zu befestigen sondern es wird nach Bedarf erweitert. Dies wird sich in erster Linie durch die Vermarktung realisieren. Man habe hier kein Risiko einzugehen. Ergänzend wies Herr Schönemann darauf hin, dass es sich hier um einen historischen Standort handle, der bereits 1925 von Mies van der Rohe zur Andockung an die Siedlung gedacht war. Abschließend wurde nach dem Stimmverhalten im Ortschaftsrat gefragt, welches mit 6:0:0 einstimmig festgestellt wurde.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.2. Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld zur Anpassung des Wasserschutzgebietes "Aken"

Vorlage: DR/BV/183/2012/VI-83

Einführend erläuterte Frau Dr. Kegler, Leiterin des Umweltamtes, dass es sich hier noch nicht um das Wasserschutzgebiet an sich handle, sondern nur um das förmliche Verfahren, welches vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld geführt werde, weil 90 Prozent des Wasserschutzgebietes auf dessen Territorium liege. Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld sei von der oberen Wasser-schutzbehörde als die Behörde bestimmt worden, welche das förmliche Verfahren zur Neufestsetzung zu führen habe. Anhand der Zweckvereinbarung übertrage die Stadt Dessau-Roßlau ihre Aufgaben zur Federführung an den Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Die eigentliche Festsetzung des Wasserschutzgebietes sei ein längeres Verfahren von ca. 1-2 Jahren, weil alle Betroffenen angehört werden müssen. Die Ergebnisse werden anschließend den Stadträten ausgereicht. Um den Stadtrat von Anfang an zu informieren, wurde die Form der Zweckvereinbarung ge-

wählt. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag wurde nicht fokussiert, da dieser nur zwischen den Verwaltungen abgeschlossen worden wäre.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert und einstimmig bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Geruchsbelästigungen in der Schule Zoberberg

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, informierte über das Thema Geruchsbelästigungen in der Schule Zoberberg. Dies sei ein Thema, um welches es still geworden sei, nachdem die Hauptsanierung durchgeführt worden war. Die Schule selbst habe allerdings seither relativ große Probleme in ihrem Raumprogramm behalten. Es sind acht Räume, die bis heute nicht genutzt werden können, die für den normalen Betrieb fehlen. Erschwerend komme hinzu, dass das System der Beschulung der unteren Klassen der Grundschule im nächsten Jahr anders geregelt sei.

Parallel gab es dazu eine erfreuliche und überraschende Entwicklung. In der letzten Woche fand eine Gutachterbefragung zum Thema statt. Ergebnis sei, dass nach drei Jahren die Fragen der Stadt beantwortet und dass keine Fragen von dem Antragsgegner aufgezeigt wurden, so dass das Beweisverfahren nun abgeschlossen sei. Zurzeit wird beraten, ob es möglich sei, in den Sommerferien die restlichen Klassenräume zu sanieren.

Herr Bekierz äußerte weitergehend, dass er heute über diese Thematik informiere, weil in der nächsten OB-Dienstberatung am Montag hierzu eine Beschlussvorlage eingebracht werde. Um nicht bis nach den Sommerferien zu warten, soll die Information den Stadträten bereits am 18.07.2012 in der Sitzung des Stadtrates ausgereicht werden, ohne das dazwischen noch mal eine Sitzung des Bauausschusses stattfindet. Die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erklärten sich mit der Verfahrensweise für einverstanden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wer dies alles bezahle, informierte Herr Bekierz, dass der nächste Schritt sei, in das Hauptverfahren einzusteigen, um die Schadensersatzforderung durchzusetzen.

Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, so Herr Otto, dass die Gründe der Geruchsbelästigungen am Fußbodenbelag selber und nicht am Untergrund lagen. Hierzu berichtet Herr Bekierz, dass das Gutachten aussage, dass der neue Fußbodenbelag die Quelle sei und nichts anderes.

Auf die Äußerung von **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, dass alles zu indifferent sei und auf seine Frage, ob es passieren könne, dass die Stadt am Ende auf den Kosten sitzen bleibe sowie das vor Gericht die Schuld nicht eindeutig zugewiesen werde, erklärte Herr Bekierz, dass dies in der Tat passieren könne. Das Beweisverfahren habe dazu gedient, die Ursache bzw. Quelle der Immission sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Behebung festzustellen. Jedoch sei die Teilfrage offen geblieben, ob eine mangelhafte Verlegung erfolgt sei. Dies berühre aber nicht die Stadt, da sie als Antragsgegner hier nur den Fußbodenleger habe, der das Gesamtpaket Belag und Verlegung schulde. Es sei für die Stadt weniger interessant, ob Lieferant oder Verleger schuld sei. Da es aber inzwischen eine Vielzahl von gleichartigen Vorkommnissen gebe, immer mit anderen Verlegern, anderen Rahmenbedingungen und Materialien, könne man

davon ausgehen, so Herr Bekierz, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit ausschließlich am Belag liege. Abschließend werde man die Schadensersatzforderung versuchen durchzusetzen. Das Prozedere werde sich jedoch über Jahre hinziehen.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

7.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Mitteilungen

Anfragen und Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:35 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 17:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.09.12

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Günther
Schriftführerin

Anlage:

- Anwesenheitsliste